

Politik für ein Deutschland der Regionen - Zukunft des ländlichen Raums

Beschluss des Deutschlandtages vom 19. bis 21. September 2014 in Inzell

1. Einleitung

Der weit überwiegende Teil der Bevölkerung Deutschlands lebt außerhalb von Großstädten und Ballungsräumen in ländlich geprägten Regionen. Diese Regionen stellen nicht nur touristisch wertvolle und malerische Erholungsgebiete dar, sondern sind oftmals energetisch und wirtschaftlich von besonderer Bedeutung. Darüber hinaus bilden die kleinen Gemeinden und Städte mit ihrem gesellschaftlichen Zusammenhalt auch das, was für viele Menschen ihre "Heimat" ausmacht.

Historisch hat der ländliche Raum in den vergangenen Jahrzehnten einen starken Umbruch durchlebt. Während noch in den 1950er Jahren die Mehrzahl der Einwohner ländlicher Gebiete direkt oder indirekt ihre Lebensgrundlage aus der Landwirtschaft bezog, führten Kostendruck produktionstechnischer Fortschritt zu einem immer Arbeitskräftebedarf in der landwirtschaftlichen Produktion. Jedoch prägen die Land- und Forstwirtschaft die ländlichen Regionen nach wie vor wie kein zweiter Wirtschaftszweig. Er gestaltet, bewirtschaftet und pflegt rund 80 Prozent der Fläche in Deutschland und ist das kulturprägende Fundament. Der zunehmende globale Handel sowie Konzentrations- und Rationalisierungsprozesse der Wirtschaft führten zu einer weitgehenden Aufhebung von traditionellen, regional geprägten Wirtschaftsbeziehungen von städtischen Räumen und ihrem Umland. So ist die Weiterverarbeitung von Lebensmitteln weitestgehend nicht mehr an das Umfeld gekoppelt und der Lebensmitteltransport erfolgt heutzutage ganz selbstverständlich auch über sehr große Distanzen.

Die Vielfalt ländlicher Räume ist sehr breit gefächert. Sie reicht von gar nicht erschlossenen bis hin zu hoch entwickelten und infrastrukturell sehr gut ausgebauten Gebieten. Ländliche Räume sind vielfältig und weisen auch in der Bevölkerungsdichte sehr hohe Schwankungen aus. Daher ist der Begriff ländlicher Raum sehr breit gefächert. Ebenfalls unterscheiden sich die Regionen hinsichtlich ihrer Bodenqualität, -nutzbarkeit und Eigentums- und Unternehmensstruktur sehr stark. Es gibt ländliche Räume mit hohem Wirtschaftswachstum in innovativen Branchen (z.B. Automobilzulieferung), welche durch eine starke eigenständige wirtschaftliche Entwicklung und Bevölkerungszuzug gekennzeichnet sind. Andererseits herrschen in anderen Regionen, verstärkt durch den demographischen Wandel, Schrumpfungstendenzen vor. Insbesondere im Osten unseres Landes werden diese Herausforderungen immer deutlicher.

Um sich das Ausmaß der vor uns stehenden Herausforderungen zu verdeutlichen, ist ein Blick auf die Bevölkerungsprognosen sinnvoll. Diese gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2060 circa 12 bis 17 Millionen Menschen weniger in Deutschland leben werden. Neben der rückläufigen Bevölkerungszahl sind zudem in vielen ländlich geprägten Regionen, Tendenzen des Umzugs in städtische Gebiete zu beobachten. Ein ganz maßgeblicher Aspekt ist die oftmals fehlende oder

unzureichende Infrastruktur in unterschiedlichen Bereichen. Insgesamt wird der Anteil an älteren und damit weniger mobilen Menschen deutlich zunehmen und das Arbeitskräftepotenzial stärker als in städtischen Regionen schrumpfen.

Die Junge Union Deutschlands war und ist sowohl im städtischen/urbanen Raum, als auch vor allem in ländlichen Strukturen aktiv und vertreten. Daher begreifen wir die Aufgaben, die sich aus dieser Angabe ergeben, auch als besondere Verpflichtung für eine generationengerechte Politik. Städtischen und ländlichen Regionen kommt gleichermaßen Verantwortung zu. Die zunehmende Urbanisierung führt sowohl in ländlichen wie in städtischen Gebieten zu sozialen Verwerfungen. In Dörfern müssen Grundschulen schließen und in Städten explodieren die Mietpreise. Diesen Entwicklungen muss entgegengewirkt werden. Trotz richtiger Ansätze der Großen Koalition sind weitere wesentliche Anstrengungen notwendig, um auch in Zukunft eine chancengerechte und weiterhin lebenswerte Heimat in den ländlichen Regionen unseres Landes zu bieten.

Die Notwendigkeit einer überregionalen Entwicklungsplanung ist aus Sicht der Jungen Union Deutschlands offenkundig. In Bereichen von regionaler Bedeutung sind sich viele Regionen ihrer Herausforderungen bewusst. Sie können und wollen ihre Zukunft eigenverantwortlich gestalten. Die Vielfalt und die Entwicklungspotentiale der Regionen sind zu unterschiedlich, als dass man ihnen mit einem bundesweiten und oft auch bundeslandweiten einheitlichen Entwicklungsrahmen begegnen könnte. Vielmehr ist ein breiteres Portfolio von Instrumenten nötig, um den einzelnen ländlichen Regionen Perspektiven in Eigenverantwortung zu ermöglichen.

2. Ziel und Leitbild einer Politik für den ländlichen Raum

Es ist und bleibt immer ein Kennzeichen christlich-demokratischer und christlich-sozialer Politik, den Auftrag des Grundgesetzes anzustreben, gleichwertige Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet zu erhalten beziehungsweise herzustellen. Jedoch stellt sich vor dem Hintergrund des sinkenden finanziellen Spielraums öffentlicher Haushalte, der erfolgten Privatisierung zahlreicher Infrastrukturbereiche und vor allem des demographischen Wandels die Frage, wie dieses Prinzip heute in Bezug auf die unterschiedlichen ländlichen Regionen Deutschlands zu verwirklichen ist.

Die Politik der letzten Jahre auf europäischer-, Bundes- und teilweise auch Landesebene ließ teilweise die Tendenz erkennen, sich hinsichtlich Raumplanung und Regionalförderung auf vermeintlich wachstumsträchtigere "Metropolregionen" zu fokussieren. Die ländlichen Regionen wurden oftmals nur peripher berücksichtigt und ihre Förderung singulär unter dem Aspekt der Agrarförderung gesehen.

Dabei zeigt die Differenzierung der ländlichen Regionen deutlich, dass der ländliche Raum einerseits spezifische Erfordernisse hat, denen nicht alleine mit auf städtische Regionen ausgerichteten Instrumenten wie der Städtebauförderung begegnet werden kann. Andererseits beweisen die erfolgreichen, vielfach politisch von CDU und CSU geprägten ländlichen Gegenden, welches Wachstums- und Innovationspotential auch vermeintlich geographisch benachteiligte und dünn besiedelte Regionen in sich bergen. Oftmals übernehmen sie eine wesentliche Produktions-, Ausgleichs- und Ergänzungsposition, ohne die benachbarte

Metropolen nicht überlebensfähig wären. Darüber hinaus üben sie eine wichtige Wirtschaftsund Erholungsfunktion aus. Um die Wichtigkeit der ländlichen Regionen und ihrer Entwicklung anzuerkennen, diesem Politikfeld ein "Zuhause" zu geben und Maßnahmen effektiv verknüpfen und koordinieren zu können, fordern wir, dass das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft mittelfristig auch die explizite Zuständigkeit für Ländliche Räume erhält.

Mit ihren vergleichsweise intakten sozialen Strukturen, der hohen Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement, ihren großzügigen Wohnverhältnissen und ihrem hohen naturnahen Freizeit- und Erholungswert verdienen die ländlichen Räume Deutschlands zweifelsohne politische Aufmerksamkeit. Gerade das Vereinswesen im ländlichen Raum darf nicht durch Bürokratie oder neue Gesetze und Regelungen gegängelt werden. Dabei sehen wir die eingangs skizzierten Probleme nicht nur als Gefahr, sondern vielmehr als Herausforderung und Auftrag, auch in Zukunft gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Republik anzustreben sowie neue und umsetzbare Antworten zu finden. Hierzu sind in Augen der Jungen Union ganz besonders die Kommunen gefordert, da diese vor Ort am besten wissen, wie man den zukünftig bevorstehenden Problemen begegnen kann.

3. Wirtschaftliche Perspektiven

3.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Die Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit ist für uns der Schlüssel zu einer nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume.

Daher haben der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen herausragende Bedeutung für die künftige Überlebensfähigkeit strukturschwacher Regionen. Gleichzeitig verändert der demografische und soziale Wandel die Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur entscheidend. Neben einer zunehmenden Überalterung ist auch die ökonomische Tragfähigkeit infrastruktureller Grundausstattungen vielerorts ernsthaft gefährdet. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Deutschlands ein Sonderinvestitionsprogramm des Bundes "Demografie in den ländlichen Regionen", welches jedoch ein nicht schuldenfinanziertes Förderprogramm sein muss und dieses soll insbesondere vom Bevölkerungsrückgang betroffene und oftmals finanzschwache Kommunen fördern. Dies sollte jedoch nur Hilfe zur Selbsthilfe sein und keine ineffizienten Strukturen künstlich am Leben erhalten. Kommunale Solidarabgaben oder weitere vermeintliche "Stärkungspakte", bei der solide wirtschaftende Kommunen anderen weniger gut haushaltenden Kommunen finanziell beispringen müssen, lehnt die Junge Union Deutschlands ab. Kommunen stehen gemäß der Struktur des Grundgesetzes auch im Wettbewerb untereinander. Es bedarf also entsprechend klarer Förderkriterien und Grenzen dieses Sonderinvestitionsprogramms, sodass der Wettbewerb nicht gefährdet wird.

Neben der Verstetigung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW)" ist diese zu einem Förderinstrument für den ländlichen Raum auszubauen. Gleichzeitig ist die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)" auskömmlich auszustatten. Die JU lehnt den Solidarausgleich grundsätzlich ab und fordert die Abschaffung. Es dürfen allerdings dabei auch keine Ersatzsteuern dafür geltend gemacht werden. Mindestens wäre der Solidarausgleich zu einem

Förderinstrument für strukturschwache Regionen in Ost und West umzubauen. Außerdem sind die Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), sowie die Mittel des Strukturfonds der Europäischen Union (EU) zielgerichtet einzusetzen. Dabei muss der Zugang zu europäischen Fördermitteln gerade finanzschwachen Kommunen gewährleistet bleiben und das Mitspracherecht der Kommunen erhöht werden. Deshalb fordern wir die Aufbringung des notwendigen Eigenanteils auch von privater Seite oder über Bürgerfonds zu erlauben. Der Zugang zu Bildungs- und Forschungskapazitäten ist auch im ländlichen Raum zu erhalten. Kooperationen von Forschungseinrichtungen und innovativen mittelständischen Unternehmen müssen gezielt gefördert werden. Hierbei sind Bund und Länder gefordert durch Bürokratieabbau die Rahmenbedingungen für Anträge einfach und fondsübergreifend zu gestalten.

Oftmals gehen Regelungen des Baugesetzbuches (BauGB) und des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) an der Lebenswirklichkeit ländlicher Kommunen vorbei. Hier sind Investitionshemmnisse gezielt abzubauen. Insbesondere überzogene Lärmschutz- und Geruchsvorgaben stellen oftmals ein deutliches Wirtschaftshindernis dar. Die Umnutzung von frei gewordenen landwirtschaftlichen Gebäuden zu anderen gewerblichen Zwecken muss erleichtert, die innere Entwicklung ländlicher Gemeinden gefördert werden. Um den Flächenentzug für die Landwirtschaft einzudämmen, sollten Anreize für die Entsiegelung von Flächen erhöht werden. Die Entsiegelung von innerstädtischen und stillgelegten gewerblichen Bereichen sollte absoluten Vorrang haben, dafür sollten Anreize und Förderungen geschaffen werden, da sonst Bau und Kompensation auf der grünen Wiese immer billiger und einfacher ist.

3.2 Zukunftsfähige Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft

Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft stellt nach wie vor das Fundament allen Lebens dar. Die Agrarbranche beschäftigt in Deutschland 11 Prozent aller Erwerbstätigen, stellt jeden siebten Ausbildungsplatz und trägt 7 Prozent zur deutschen Bruttowertschöpfung bei. Sie besteht zum größten Teil aus mittelständischen Unternehmen und ist vorrangig im ländlichen Raum angesiedelt.

Auch in Zukunft wird eine wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft für die Entwicklung des ländlichen Raumes von unverzichtbarem Wert sein. Die regionale Erzeugung und Vermarktung von Lebensmitteln gewinnt für die Verbraucher immer mehr an Bedeutung. Neben ihrer Stellung als Nahrungs- und Energieproduzent sowie als Arbeitgeber hat sie auch für weitere Branchen wie zum Beispiel die Landschafspflege, die Jagd, den Tourismus und als Auftraggeber des Handwerks entscheidende Bedeutung.

3.3 Arbeitsmarkt

Die Schaffung von Rahmenbedingungen zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen bleibt auch künftig Kernaufgabe der Politik. Schlüsselpositionen nehmen dabei der Abwanderungsstopp junger Menschen in die urbanen Regionen und Attraktivitätssteigerung von Ausbildung und Beschäftigung in mittelständischen Unternehmen ein. Dazu ist vor allem das Wissen um die Chancen, die beispielsweise eine Ausbildung im Handwerk, der Landwirtschaft oder der mittelständischen Wirtschaft (Stichwort: "hidden

champions") bietet, weiter gezielt durch geeignete Kampagnen zu fördern. Wichtig dafür ist, logistische Hindernisse abzubauen. Beispielsweise bekommen Ausbildungsbetriebe, insbesondere im Ländlichen Raum, durch Nicht-Erreichbarkeit mit öffentlichem Nahverkehr oftmals keine Auszubildenden mehr. In diesen Fällen sollte eine Grundlage geschaffen werden, schon mit 16 die PKW-Fahrt zur Ausbildungsstätte zu erlauben. Gleichzeitig muss die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen durch Herbeiführung eines Bewusstseinswandels und weiterer gezielter Maßnahmen gemeinsam von Politik und Wirtschaft verbessert werden.

Weitere Bedeutung kommt auch der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu, die in ländlichen Regionen aufgrund der räumlichen Entfernungen, der geringeren Bevölkerungsdichte und der Veränderung klassischer Familienstrukturen im Vergleich zu städtischen Gegenden schwerer zu gewährleisten ist. Neben dem Ausbau von Betreuungsplätzen, müssen die Tätigkeit von Tagesmüttern und Tagesvätern und weitere Kinderbetreuungsmöglichkeiten durch die nichtelterliche Hand im häuslichen Umfeld von bürokratischen Hemmnissen befreit und so erleichtert werden. Wir fordern und unterstützen bei der Schaffung von Betreuungsplätzen die Schaffung einer Partnerschaft von Unternehmen und Kommunen. Die Junge Union setzt sich auch für eine echte Wahlfreiheit von gebundener und ungebundener Betreuung für Kleinkinder und Schüler im ländlichen Raum ein. Im Falle finanzieller Mehrbelastung fordert die Junge Union eine begrenzte Unterstützung der betroffenen Kommunen durch das entsprechende Bundesland. Zudem soll es vermehrt möglich sein, von zu Hause zu arbeiten. Dafür sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden (z.B. Internetausbau und Anreize für Arbeitgeber Heimarbeitsplätze zu fördern). Bei ohnehin anstehenden Sanierungs- oder Neubauprojekten für Bundesbehörden sollte eine gezielte Ansiedelung in Mittel- und Oberzentren ländlicher Regionen erfolgen.

Oftmals geben junge Menschen schon während des Studiums auch in heimatnahen Universitätsstädten ihren Erstwohnsitz in der Heimat auf. Grund dafür ist die Zweitwohnungssteuer, die in vielen Hochschulstädten erhoben wird. Da dies auch einen Bindungsverlust zur Heimatregion mit sich bringt, setzen wir uns dafür ein, die Möglichkeit der Besteuerung von Zweitwohnungen von Studenten über die Kommunalabgabegesetze der Länder einzuschränken.

3.4 Wirtschaftsfaktor ländlicher Tourismus

Die überwiegend mittelständisch und familiär strukturierte Tourismusbranche hat für viele strukturschwache Regionen eine hervorstechende Bedeutung und bietet Wachstumschancen. Daher ist es unabdingbar, die positive Entwicklung der Branche weiter zu unterstützen. Neben landschaftlicher Attraktivität sind für eine erfolgreiche Entwicklung des ländlichen Tourismus eine entsprechende Infrastruktur und ein angemessenes Freizeitangebot unerlässlich. Ein unverhältnismäßig ausufernder Naturschutz konterkariert das Ziel der nachhaltigen Tourismusförderung im ländlichen Raum. Dieses zu erhalten und fortzuentwickeln wird bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang eine Hauptaufgabe für die Zukunft darstellen, um das wirtschaftliche Potential für strukturschwache Regionen nutzbar zu machen. Dazu sollte auch die im November 2013 vom Europäischen Parlament beschlossene Verlängerung des Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (EFRE) als Fördermöglichkeit für touristische Infrastruktur genutzt werden. Darüber hinaus ist ein vernetztes Vorgehen aller Ebenen notwendig, um beispielsweise steigenden Qualitätsanforderungen gerecht zu werden und

Vermarktungsinitiativen zu fördern. Hierbei kommt auch der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) eine besondere Bedeutung zu. Diese soll dazu beitragen, die Bekanntheit von bislang weniger frequentierten Tourismusgebieten zu erhöhen. Zudem könnte auch ein ausgebautes Beratungsangebot der DZT die bessere Abstimmung der Regionen unterstützen, um ihre Alleinstellungsmerkmale optimal darstellen zu können.

In diesem Zusammenhang kritisiert die Junge Union Deutschlands den Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz der Bundesländer, den Sommerferienkorridor nur auf 90 Tage zu verlängern. Ein größerer Korridor könnte gerade in ländlichen Tourismusgebieten zu einer Saisonverlängerung und zur Schaffung von mehr Wertschöpfung führen.

4. Infrastrukturelle Perspektiven und Daseinsvorsorge

Um auch in der Fläche weiterhin Chancengleichheit zu gewährleisten und im Vergleich mit städtischen Räumen, insbesondere Metropolregionen, wirtschaftlich wettbewerbsfähig bleiben zu können, kommt der Infrastruktur im ländlichen Raum eine wesentliche Rolle zu. Zur Sicherung einer hohen Lebensqualität ist vor allem eine wohnortnahe Infrastruktur der Daseinsvorsorge unverzichtbar. Deshalb kommt der guten Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Kindergärten, Schulen, Feuerwehr, Polizei, Rettungswesen, Krankenhäusern, Apotheken, Arztpraxen aller Fachrichtungen, aber auch von sozialen und kulturellen Einrichtungen eine große Bedeutung zu. Um Einrichtungen wie Schulen vor Ort zu halten, sind bürokratische Anforderungen gegebenenfalls zu lockern. Insbesondere in dünn besiedelten Gebieten müssen Standortbedingungen und auch regionale Wertschöpfung mit wirtschaftsnaher Infrastruktur von Telekommunikation über Verkehr bis hin zur Energieversorgung verbessert werden.

Der ländliche Raum soll jedoch nicht nur wirtschaftlich, sondern auch als Wohn- und Lebensraum attraktiv bleiben. Hier kommt auch dem Thema "Selbständiges Wohnen und Mobilität im Alter" eine wichtige Bedeutung zu. Dazu sind auch weitere Modellprojekte für mehr generationenübergreifendes Wohnen notwendig.

Um zu gewährleisten, dass der ländliche Raum auch weiterhin als Wohngebiet nutzbar bleibt, ist es wichtig auch die Nahversorgung mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs zu fördern. Besonders für eingeschränkt mobile Mitmenschen ist die Möglichkeit auch vor Ort einzukaufen unersetzbar. Bestimmungen und Auflagen für die Eröffnung eines Geschäfts, auch im Nebenerwerb oder als mobiler Service müssen gelockert werden. Zusätzlich sollte mittels Modellinitiativen und -beispielen Bewusstsein bei den Kommunen geschärft werden.

Die Pluralisierung der Lebensformen, Veränderung von Familienstrukturen und erhöhte Mobilität spielen eine stärkere Rolle. Fehlenden familiären Unterstützungsstrukturen (z.B. mit Blick auf Pflege im Alter) muss in ländlichen und städtischen Gebieten unterschiedlich begegnet werden. Teilhabe im Alter muss auch auf dem Dorf möglich sein. Auf den demographischen und sozialen Wandel muss daher gerade in ländlichen Gebieten mit intelligenten Lösungen (z.B. IKT) reagiert werden. Ziele sind die Förderung von Netzwerkstrukturen, Erhöhung der Mobilität, Kompensation fehlender lokaler Dienstleistungen, Generierung von Kompetenzen.

Die ärztliche Versorgung auf dem Land soll gesichert sein, eHealth ist als Instrument Teil der Strategie für eine medizinische Versorgung und sollte zukünftig nicht der einzige Weg sein, um

die ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen zu sichern. Zur Entlastung von Hausärzten muss eine Erweiterung des Leistungskatalogs delegierbarer bzw. substituierbarer ärztlicher Tätigkeiten an medizinisches Personal wie beispielsweise Medizinische Fachangestellte oder Pflegepersonal unter dem Aspekt der Patientensicherheit geprüft und entsprechend honoriert werden. Wo die Ausbildung von Medizinern außerhalb von Ballungsräumen möglich ist, sollte die Chance genutzt werden, damit Studenten nach Abschluss ihres Studiums für die Region gewonnen werden können. Die Neugründung von medizinischen Fakultäten an etablierten Universitäten ist anzustreben. Um weiterhin die Niederlassung von Ärzten in diesen Regionen zu gewährleisten, fordert die Junge Union Deutschlands die Bundesregierung auf, ein Stipendiensystem in den medizinischen Studiengängen zu etablieren. Dies soll dadurch gewährleistet sein, dass sich Medizinstudenten für mindestens 10 Jahre verpflichten im ländlichen Raum tätig zu sein, ansonsten muss das Geld aus dem Stipendiensystem gegebenenfalls zurückgezahlt werden. Junge Menschen, die sich frühzeitig verpflichten, sich nach dem Studium in ländlichen Regionen niederzulassen, sollen eine zusätzliche finanzielle Förderung während des Studiums erhalten. Ebenso ist vorstellbar, dass über das Abrechnungssystem Praxen im ländlichen Raum für den betreibenden Arzt wirtschaftlich attraktiver gehalten werden. Um hierbei einen Wettkampf zwischen ländlichen Gemeinden zu vermeiden, sollen die Bundes- und Landesärztekammern in das Stipendiensystem eingebunden werden. Dabei darf jedoch kein neues "bürokratisches Monster" entstehen. Zudem unterstützt die Junge Union Deutschlands den Vorschlag explizit, Studienplätze an zukünftige Ärzte im ländlichen Raum zu vergeben. Für potenzielle Studenten, die sich verpflichten, nach ihrem Studium ihre ärztliche Tätigkeit im ländlichen Raum auszuüben, sollen eine bestimmte Anzahl an Studienplätze bereitgestellt werden, unabhängig vom Numerus Clausus.

Besonders bei jungen Leuten gibt es die Tendenz, eher in städtische Gebiete zu ziehen. Das hat zur Folge, dass in den Ballungsräumen die Mieten oftmals kaum noch zu bezahlen sind und viele Dörfer mit massiven Leerständen zu kämpfen haben. Die Junge Union spricht sich gegen die vielfach zu schnell geforderte neue Schaffung von Wohnraum, insbesondere sozialem Wohnungsbau, nur in Ballungsgebieten aus, solange in vielen ländlichen Regionen große Leerstände an vorhandenem Wohnraum bestehen. Die verfassungsrechtlich gewährte Freizügigkeit heißt nicht, dass jedem staatlich das Wohnen insbesondere in urbanen Hochpreislagen gewährleistet werden muss. Durch eine gezielte Politik für den ländlichen Raum sind dessen Vorzüge wie z.B. die Familienfreundlichkeit und bezahlbarer Wohnraum gezielter Auch müssen ländlichen Arbeitsplätze im Raum weiter Ansiedlungsmöglichkeiten von Unternehmen gegeben bleiben.

Um die Leerstände in den Ortskernen zu bekämpfen, darf auch der Denkmalschutz keine zu hohen Auflagen verlangen, etwa wenn es um die Sanierung oder vereinzelt auch um den Abriss alter (nicht mehr sanierungsfähiger) Gebäude geht. Kommunen müssen mit Spielraum ausgestattet werden, der es ihnen ermöglicht, bei Bedarf Häuser zu erwerben und eventuell abzureißen, um Geisterstädten vorzubeugen und das Ortsbild attraktiv zu halten. Es muss für junge Menschen aber auch weiterhin die Möglichkeit bestehen, im ländlichen Raum in ausgewiesenen Baugebieten neu zu bauen.

Ein weiterer wichtiger Baustein für die nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raumes ist die Etablierung und der konsequente Ausbau elektronischer Verwaltungsarbeit. Die öffentliche Verwaltung muss gerade auch im ländlichen Raum erreichbar sein und sich dem Bürger als

Dienstleister präsentieren. So ist die konsequente Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung unabdingbar. Des Weiteren unterstützt die Junge Union sogenannte mobile Bürgerbüros, welche gerade Gemeinden im ländlichen Raum bedienen.

4.1 Breitbandausbau

Der Mittelstand in Deutschland und insbesondere auch die Agrarwirtschaft waren schon immer sehr innovativ und technisch auf einem sehr hohen Niveau. Diese Innovationskraft darf nicht durch eingeschränkte Kommunikationsmöglichkeiten behindert werden. In unserer heutigen Mediengesellschaft ist die gleichwertige Teilhabe von städtischen und ländlichen Regionen am schnellen Internet ein wesentlicher Standortfaktor. Nur so kann eine digitale Spaltung unseres Landes verhindert werden. Wir unterstützen deswegen die Ausbauziele der aktuellen Bundesregierung bis 2018 für 100 Prozent der Haushalte Breitbandanschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit/Sekunde zur Verfügung zu stellen.

Langfristig reichen jedoch die für 2018 anvisierten 50 Megabit/Sekunde nicht aus, um auch im ländlichen Bereich eine Versorgung mit den unterschiedlichen Internetdienstleistern sicherzustellen. Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Breitbandinfrastruktur ist der grundsätzlich flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes erforderlich. Für entlegene Gebiete, muss jedoch eine drahtlose Breitbandversorgung durch LTE, LTE-advanced, WiMAX, Satellit etc. zur Ersetzung bzw. Ergänzung des Glasfasernetzes sichergestellt werden. Im Rahmen der Technologieneutralität muss es den Telekommunikationsunternehmen jedoch frei stehen, welche Technologie gewählt wird. Dies kann die Wettbewerbsfähigkeit der ländlichen Gebiete sichern oder sogar ausbauen, z.B. durch digitale Bildungsangebote oder Telemedizin. Die Betätigung der Kommunen im Bereich des Ausbaus der Breitbandinfrastruktur ist dabei eine weitere Möglichkeit das Ziel einer flächendeckenden Breitbandversorgung zu erreichen.

4.2 Verkehr

Die Sicherung von Mobilität und ein damit verbundenes leistungsfähiges Verkehrsnetz galten schon immer als Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Regionen. Der Individualverkehr, insbesondere mit dem PKW, wird gerade in dünn besiedelten Gebieten auch zukünftig eine hohe Bedeutung haben. Hierzu muss auch die Politik ihren Beitrag leisten und die ausreichende Anbindung der ländlichen Räume an das überregionale Verkehrsnetz sicherstellen. Des Weiteren sind zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens sowie veränderter Mobilitätsansprüche in allen Bereichen Erhaltungs- und Ausbaumaßnahmen unter Beachtung einer umweltgerechten Mobilität notwendig. Der Bund hält die Bundesländer an, die Kommunen beim Ausbau und der Sanierung der Straßen stärker zu unterstützen.

Wir sehen von entscheidender Bedeutung an, dass im regionalen Bereich eine innovative Lösung zu einer besseren Vernetzung zwischen ÖPNV und anderen Verkehrsträgern erreicht wird. Vor allem ältere und jüngere Menschen müssen weiterhin zentrale Stellen (unter anderem Ämter, Geschäfte, Krankenhäuser und Bahnhöfe) ihrer Region erreichen können. Außerdem muss für junge Menschen gewährleistet sein, dass sie ihren Ausbildungs-, Studien-, oder Arbeitsplatz erreichen können, auch wenn sie weiterhin ihren Lebensmittelpunkt im ländlichen Raum haben. Der Bürgerbus und das Anruf-Sammel-Taxi sind hierfür gute Beispiele. Zudem sollte die Reaktivierung von Bahnstrecken weiter forciert werden. Auch regionale

Verkehrsverbünde sind wichtige Bausteine der regionalen Mobilität. Gleichermaßen dürfen junge Interessen nicht vergessen werden. Durch die Einrichtung von Nachtbussen oder entsprechenden Shuttle-Services muss die Mobilität für Jugendliche und junge Erwachsene gewährleistet werden. Hier stehen die Kommunen in der Pflicht, entsprechende Angebote bereitzustellen. Aus Sicht der Jungen Union Deutschlands sollte bei der Sicherung der Mobilität auch darauf geachtet werden, dass die Regionalverbände hierbei in die Pflicht genommen werden, um so auch eine Versorgung in den dünn besiedelten Gebieten der Bundesrepublik weiter sicherzustellen. Eine Änderung der Tarifmodelle für den öffentlichen Personennahverkehr zu Gebührensystemen ähnlich der GEZ lehnen wir strikt ab.

5. Fazit

Die ländlichen Regionen in Deutschland haben Zukunft! Damit dies so bleibt, ist ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlichster Fachbereiche notwendig. Von der Agrarpolitik über das Baurecht, Förderprogramme, Bildungseinrichtungen und Vereinen aller Art, bis hin zur öffentlichen Infrastruktur werden die Lebensbedingungen der Menschen auf dem Land von den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Ebenen sowie Einrichtungen beeinflusst.

Um die Regionen lebenswert zu erhalten, ist ein gemeinsames, koordiniertes Vorgehen aller Ebenen unerlässlich. Die Herausforderungen und Chancen der einzelnen Regionen sind zu unterschiedlich, als dass ihnen mit einer einzigen Strategie begegnet werden könnte. Unserem Grundsatz der Subsidiarität folgend ist vielmehr ein breit gefächertes Instrumentarium gefragt, aus dem gemeinsam mit den Akteuren vor Ort maßgeschneiderte Lösungen geformt werden können.

Um die Zukunft der ländlichen Regionen zu sichern, sollte bürgerschaftliches Engagement gezielt unterstützt werden. Die Menschen auf dem Lande sind besonders heimatverbunden und zeigen eine überdurchschnittliche Bereitschaft, sich zum Wohle ihres Umfelds ehrenamtlich einzubringen. Daher gilt es Programme wie "LandZukunft", die vor allem auf das Zusammenspiel regionaler Akteure setzen, weiter zu stärken. Basis für den weiteren Fortschritt des ländlichen Raumes werden auch in Zukunft Zuversicht und Engagement von Bevölkerung und Wirtschaft sein, die attraktiven Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Heimat zu erhalten. Denn unser wichtigstes Ziel ist, dass auch die Jugend und kommende Generationen in ihren Heimatregionen eine erstrebenswerte Perspektive vorfinden.